

Einführung

Die sichere und nachhaltige Energieversorgung gilt als eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Die Entwicklung der Ölpreise und die Auseinandersetzungen über die Gaslieferungen nach Europa haben die bestehenden Risiken nachdrücklich unterstrichen.

Vor diesem Hintergrund hat sich der Europäische Rat auf eine "20-20-20-Strategie" für Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit im Energiebereich verständigt: Bis zum Jahr 2020 sollen die Treibhausgasemissionen um 20% gesenkt, der Anteil erneuerbarer Energieträger am Energieverbrauch auf 20% gesteigert und die Energieeffizienz um 20% verbessert werden.¹

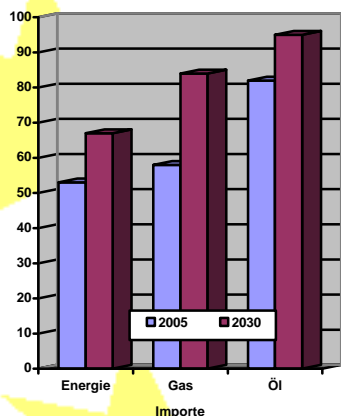
Zentrale Herausforderungen für Europa

Die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen nimmt kontinuierlich zu. Wenn es in Europa zu keiner grundlegenden Veränderung kommt, wird der Anteil der Energieimporte am gesamten Verbrauch gegenüber 53% im Jahre 2005 auf 67% im Jahre 2030 ansteigen. Die Abhängigkeit von Gasimporten würde dabei bis 2030 von 58% auf 84% steigen und beim Öl von 82% auf 95%.²

Die EU ist dabei mehr denn je den Auswirkungen schwankender und steigender Energiepreise an den internationalen Energiemärkten ausgeliefert, wobei diese Preise in den einzelnen Mitgliedstaaten allerdings stark voneinander abweichen. Entsprechend wird in Brüssel nach Lösungsansätzen gesucht, wie sich ein Energiebinnenmarkt realisieren ließe, um Risiken zu verteilen und Vorteile gemeinsam nutzen zu können.

Besondere Risiken ergeben sich daraus, dass Öl- und Gasreserven zunehmend in der "strategischen Ellipse" von Nord-Russland bis zum Persischen Golf konzentriert sind; die politische Instabilität dieser Region stellt ein erhebliches Risiko für die Sicherheit der Energieversorgung in Europa dar.

Eine schnelle Abkehr von fossilen Energieträgern ist aber auch darüber hinaus geboten: Energie ist für 80% der Treibhausgas-Emissionen sowie einen Großteil der Luftverschmutzung in der EU verantwortlich und ist damit Hauptursache des Klimawandels.³ Zu den Treibhausgasemissionen tragen eine Reihe von Sektoren bei, darunter Verkehr, Energie, Haushalte und Landwirtschaft.



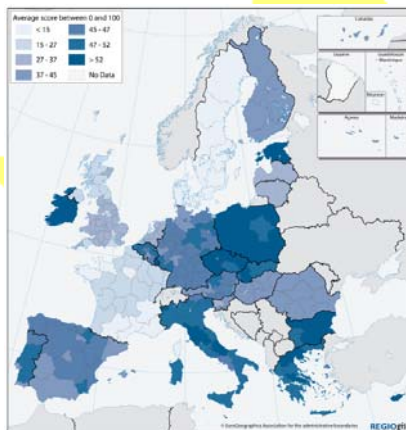
Prognose zur Entwicklung des Anteils der Energieimporte am gesamten Energieverbrauch in der EU

Unterschiedliche Betroffenheit der Regionen in Europa

Hohe Energiepreise wirken sich in unterschiedlicher Weise auf die Regionen aus. Maßgeblich dafür sind die Struktur der regionalen Wirtschaft und ihre Energieeffizienz, der Energie-Mix und das Potential an kohlenstoffarmen Energien (erneuerbare Energien und Nuklearenergie), die vorhandenen Verkehrsträger und das Innovationspotential.

Das regionale Ausmaß der Betroffenheit und damit die Verwundbarkeit der Regionen hängt aus Sicht der EU-Kommission von drei strukturellen Faktoren ab:

- i. "Die interne und externe Versorgungssicherheit ist ausschlaggebend dafür, inwieweit die Regionen zusätzlichen Schwankungen von Preisen und Angebot ausgesetzt sind;



Quelle: EU-Kommission (4)

"Energie-Verwundbarkeit" der
Regionen

- ii. Energieverbrauch und -effizienz bestimmen den Verbrauch von Haushalten und Industrie sowie ihre Anfälligkeit gegenüber hohen Preisen;
- iii. Die CO₂-Emissionen sind ein Indikator für die Nachhaltigkeit.⁴

Ein Verwundbarkeitsindex für Energie, der diese drei Komponenten kombiniert, lässt erkennen, dass die Kernregionen in West- und Nordeuropa besser auf die energiepolitischen Herausforderungen vorbereitet sind als die Randgebiete.

Belgien und Deutschland sind u.a. aufgrund fehlender größerer Energieressourcen aber immerhin vergleichsweise hoher Energieeffizienz im Mittelfeld anzusiedeln.

Energieeffiziente Regionen können nach Einschätzung der EU-Kommission zusätzlich von der ausgeprägten Rolle profitieren, die Innovation, Technologie und die Informations- und Kommunikationstechnik beim Anpassungsprozess spielen; das kann in wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht zu Win-win-Situationen führen.

Die Erzeugung erneuerbarer Energien könnte z.B. ländlichen Regionen (Biomasse) und Küstengebieten (Off-shore, Windenergie) zugute kommen. Hohe Disparitäten zwischen den Regionen werden in Ländern mit niedrigem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung verzeichnet; hohe Energiepreise schwächen insbesondere einkommensschwache Haushalte und Regionen.

Aktionsplan der EU

Als Ausgangspunkte einer europäischen Energiepolitik sind die Bekämpfung des Klimawandels, die Verringerung der Verwundbarkeit der EU und die Förderung von Beschäftigung und Wachstum definiert, wobei es gilt, den Verbrauchern Energiesicherheit zu erschwinglichen Preisen zu bieten.⁵

U.a. hat die EU-Kommission dazu vorgeschlagen, die weltweiten Emissionen bis 2050 um bis zu 50% gegenüber dem Stand von 1990 zu reduzieren, was für die Industrieländer u.a. bedeutet, dass sie ihre Emissionen bis dahin um 60 bis 80% senken müssen. Dazu ist Europa in eine in hohem Maße energieeffiziente und CO₂-arme Energiewirtschaft umzuwandeln und dabei sind die Wettbewerbsfähigkeit zu maximieren und die Kosten zu begrenzen.

Die dazu als notwendig angesehenen Maßnahmen sind von der EU-Kommission in einem Aktionsplan beschrieben, der 10 Punkte umfasst:

- Schaffung eines Energiebinnenmarktes durch Entflechtung, wirksame Regulierung, Transparenz, infrastrukturelle Rahmenbedingungen, Netzsicherheit, ausreichende Stromerzeugungs- und Gasversorgungskapazitäten, Energieversorgung als öffentliche Dienstleistung,
- Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und Versorgungssicherheit bei Öl, Gas und Strom durch Reduzierung der Abhängigkeit von einzelnen (Gas-) Lieferanten, Koordinierung der Ölreserven und Zusammenschaltung von Stromnetzen,
- Langfristige Verpflichtung zur Reduzierung der Treibhausgase und EU-Emissionshandelssystem,
- Ein ehrgeiziges Programm für Energieeffizienzmaßnahmen, u.a. beschleunigte Einführung von Kraftfahrzeugen mit hoher Kraftstoffeffizienz, Verbesserung der Energiebilanz von Gebäuden und eine einheitliche Anwendung steuerlicher Regelungen,
- Festlegung eines längerfristigen Ziels für den Anteil erneuerbarer Energien



© BMU, Brigitte Hess

Solaranlage Adlershof, Berlin

am Gesamtenergiemix in Höhe von 20% bis zum Jahre 2020 gegenüber einem heutigen Anteil von unter 7%,

- Aufstellung eines europäischen Strategieplans für Energietechnologien, ausgerichtet z.B. auf energieeffiziente Gebäude, Geräte und Systeme, Biokraftstoffe, Offshore-Windanlagen, Fotovoltaik, Brennstoffzellen und Wasserstofftechnologien etc.,
- Maßnahmen für eine Zukunft mit CO₂-armen fossilen Brennstoffen, etwa durch CO₂-Abscheidung und Speicherung,
- Maßnahmen im Hinblick auf die Zukunft der Kerntechnik unter Berücksichtigung der Entscheidungshoheit der Mitgliedstaaten über deren Einsatz (technologische Führungsrolle wahren, modernsten Rechtsrahmen und Sicherheitsstandards gewährleisten, Abfallentsorgung etc.),
- Gestaltung einer internationalen Energiepolitik, die die Interessen Europas aktiv unterstützt (Energiecharta, Beziehungen zu externen Energielieferanten, Nachbarschafts-Investmentfonds, nukleare Sicherheit, Verzahnung von Energie- und Entwicklungspolitik, etc.),
- Überwachung und Berichterstattung durch Einrichtung einer Energiebeobachtungsstelle.

Aus Sicht der EU-Kommission könnte die Europäische Union mit der Umsetzung des Aktionsplans das Tempo einer neuen weltweiten industriellen Revolution angeben.

Die Regionen sind aufgefordert, den Umsetzungsprozess z.B. im Bereich der erneuerbaren Energien aktiv zu unterstützen durch⁶:

- Durchführung von Informationsmaßnahmen
- Anwendung verfügbarer Technologien in öffentlichen Gebäuden
- Vereinfachung der Genehmigungsverfahren für Erzeuger und Anwender erneuerbarer Energieträger
- Ermutigung regionaler Akteure, erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu einem strategischen Ziel in ihren Plänen und Programmen zu machen.

Energiepolitische Ziele der Bundesregierung

Die Energiepolitik der Bundesregierung verfolgt die drei Ziele Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit.

Die energiepolitische Gesamtstrategie ist dabei ausgerichtet auf Investitionen in Anlagen und Netze, den Ausbau erneuerbarer Energien, die Förderung eines funktionsfähigen Wettbewerbs für tragfähige Energie und Strompreise, die Steigerung der Energieeffizienz, Forschung und Innovation für neue Technologien, die internationale Zusammenarbeit zur Modernisierung der weltweiten Energieversorgung und ein weltweites Klimaschutzabkommen mit den Industrieländern und großen Schwellenländern.

Ein besonderer Schwerpunkt der Politik liegt dabei auf dem Ausbau der erneuerbaren Energien, die in einem integrierten Ansatz nicht nur durch das federführende Wirtschaftsministerium sondern auch von Seiten des Landwirtschafts-, des Umwelt- und des Forschungsministerium verfolgt wird.

Weitere Maßnahmen sind auf den Abbau technischer Hemmnisse und die Verbes-

serung rechtlicher Rahmenbedingungen sowie auf die Schaffung von Investitionsanreizen und den Ausbau der Wissensvermittlung ausgerichtet.

Die Energiepolitik der Bundesregierung steht damit in weitgehendem Einklang mit den Zielen und dem Aktionsplan der EU-Kommission.

Energiepolitik der Landesregierung in Niedersachsen

Die Energiepolitik der Landesregierung orientiert sich am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung und ist auf drei gleichwertige Hauptziele ausgerichtet: Versorgungssicherheit, Preisgünstigkeit und Umweltverträglichkeit.

Arbeitsfelder der niedersächsischen Energiepolitik sind die Kernenergie (Lösung der Frage der Entsorgung radioaktiver Abfälle), der Ausbau der Windenergie (Ausbau des Stromübertragungsnetzes) und die Förderung innovativer Technologien (Brennstoffzellen, neue Kraftstoffe); sie verfolgt damit einen deutlich regional ausgerichteten Ansatz und steht dabei grundsätzlich durchaus im Einklang mit den politischen Zielen von Bund und EU.

Weiterführende Informationen

Europäische Energiepolitik:

<http://europa.eu/scadplus/leg/de/s14001.htm>

Energiepolitik der Bundesregierung:

<http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/ThemenAZ/Energiepolitik/energiepolitik>

Grundsätze niedersächsischer Energiepolitik:

http://www.niedersachsen.de/master/C11575928_L20_D0_I598_h1.html#

¹ Europäische Kommission (Hrsg.); 20 und 20 bis 2020. Chancen Europas im Klimawandel. Brüssel, 23.01.2008

² Europäische Kommission (Hrsg.); Regionen 2020. Bewertung der künftigen Herausforderungen für die EU-Regionen. Arbeitspapier der Kommission. Brüssel 2008

³ Europäische Kommission (Hrsg.) Eine Energiepolitik für Europa. Brüssel, 10.01.2007

⁴ Europäische Kommission (Hrsg.); Regionen 2020. a.a.O.

⁵ vgl. Europäische Kommission (Hrsg.) Eine Energiepolitik für Europa. a.a.O., S. 5f

⁶ Piebalgs, A.: Regions for the sustainable energy. Brüssel, 26.02.2008

Mit der Herausgabe von "Factsheets" möchten wir interessierte Bürgerinnen und Bürger in kompakter Form über aktuelle Themen informieren, die auf europäischer Ebene diskutiert werden und die auch für unsere Region von Bedeutung sind. Sie sind als Einstieg in das Thema gedacht und können bzw. sollen eine fundierte inhaltliche Auseinandersetzung mit dem jeweils behandelten Thema jedoch nicht ersetzen. Vielmehr sollen sie dazu anregen.

Die hierin geäußerten Meinungen entsprechen nicht notwendigerweise denen der Europäischen Kommission.

Herausgeber: Europe Direct Oldenburg, Informationszentrum, www.europedirect-oldenburg.de

ViSdP: Dieter Meyer Consulting GmbH, Bürgerstr. 1/ Europaplatz, 26123 Oldenburg, Tel.: 0441-809940

Auflage: 500

Stand: Mai 2009